

# „Wir lassen uns das Spielen nicht verbieten!“

## Demonstration vor Landesvertretung Schleswig-Holstein

Berlin. Unter dem Motto: „Wir lassen uns das Spielen nicht verbieten“ versammelten sich am Donnerstagvormittag rund hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Spielstätten aus dem Bundesgebiet sowie Vertreter der Spitzenverbände der Deutschen Automatenwirtschaft zu einer Demonstration vor der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin, wo die Ministerpräsidenten der Länder tagen. Die Regierungschefs beraten dort am Donnerstag erneut den Entwurf eines geänderten Glücksspielstaatsvertrages.



Mitarbeiter und  
Verbandsvertreter  
demonstrieren vor der  
Landesvertretung Schleswig-  
Holstein

„Mit unserer Demonstration wollen wir deutlich machen, dass die im Glücksspielstaatsvertrag geplanten Änderungen für das gewerbliche Unterhaltungsspiel weitreichende negative Konsequenzen für die Menschen, die in dieser Branche arbeiten, haben“, so der Präsident des Bundesverband Automatenunternehmer e. V., Andy Meindl. „In den über 5.000 Betrieben der Deutschen Automatenwirtschaft arbeiten mehr als 70.000 Menschen, die bislang einen sicheren Job hatten!“, sagte Meindl gegenüber den anwesenden Journalisten. „Plötzlich stehen diese Arbeitsplätze auf dem Spiel“, fügte Thomas Breitkopf, Vorsitzender der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e. V., hinzu. Es könne nicht angehen, dass Unternehmer, die langfristig investiert hätten und gute Steuerzahler seien, jetzt vor dem Aus stehen, obwohl sie nur auf Basis von behördlichen Genehmigungen gehandelt hätten, so Breitkopf weiter.



Andy Meindl, Präsident des  
Bundesverband  
Automatenunternehmer e. V.

In den vergangenen Wochen haben Spielstättenbetreiber fast 180.000 Unterschriften bei ihren Spielgästen gesammelt, die sich zum einen mit den Betrieben solidarisieren und das gewerbliche Spiel in seiner jetzigen Form unterstützen. Zum anderen wollen diese Spielgäste auch für sich keine Änderungen hinnehmen. Die Spielgäste wehren sich gegen die „Bevormundung durch den Staat“. 180.000 Spielgäste

der Spielstätten im Bundesgebiet haben sich daher an der Aktion: „Wir lassen uns das Spielen nicht verbieten!“ beteiligt.

„Diese Unterschriften wollten wir heute an einen Vertreter der Landesregierung Schleswig-Holstein übergeben, auch um klar zu machen, dass nicht nur wir als Unternehmer und die Arbeitnehmer nicht mit den geplanten Änderungen einverstanden sind, sondern wir auch viele viele Spielgäste hinter uns haben, die das genau so sehen“, betonte Breitkopf im Interview.

Mit großen Transparenten mit der Aufschrift „Wir fordern Respekt“, Plakaten und T-Shirts mit dem Aufdruck: „Wir lassen uns das Spielen nicht verbieten“, machten die Teilnehmer der angemeldeten Demonstration ihrem Unmut Luft und stießen auf das Interesse der vielen anwesenden Medienvertreter und Funk- sowie Fernseheteams. Das Berliner Traditionsunternehmen Bally Wulff Games & Entertainment GmbH war mit einem eigenen Transparent gegen eine weitere Verschärfung der Auflagen für Spielstätten gekommen.

Symbolisch schoben BA-Präsident Meindl und der 1. Vorsitzende der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland, Breitkopf, den riesigen Rollwagen, auf dem die Unterschriften in Ordnern gelagert waren, vor den Eingang der Landesvertretung Schleswig-Holstein, nachdem zuvor der Pressesprecher der Landesvertretung hatte mitteilen lassen, dass man nicht bereit sei, die Unterschriften am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz in Empfang zu nehmen. „Dies ist eine Unglaublichkeit, die ich aufs Schärfste verurteile. „Es zeigt die momentane Kaltschnäuzigkeit die in der Politik herrscht!“, kommentierte Meindl.



Thomas Breitkopf, 1. Vorsitzender der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e. V.

Insgesamt zeigte er sich zufrieden mit der Aktion: „Wir wollten Öffentlichkeit, wir wollten aufmerksam machen auf unsere Aktion und wir wollten unseren Mitarbeitern und allen, die von der Aktion erfahren, deutlich machen, dass wir nicht tatenlos zusehen werden, dass unser Gewerbe, das wir seit mehr als 50 Jahren legal betreiben, weiter in den Schmutz gezogen und zerstört wird. Was wir wollen und fordern ist Respekt für unsere Arbeit, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für unsere Gäste – und ich denke, dass ist uns gelungen!“

Kontakt: Dirk Lamprecht, Tel.: 030 24087760 Berlin, 15. Dezember 2011